



ANPACKEN:

WACHSTUM SCHAFFEN,

WOHLSTAND SICHERN

Sauerländer Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Schmallenberg, 31. August und 1. September 2023

Unsere Kernforderungen auf einen Blick

Klotzen statt kleckern beim Bürokratieabbau: Deutschland und die EU brauchen ein sofortiges Belastungsmoratorium: ab sofort keine neuen Auflagen, Regulierungen und Berichtspflichten mehr. Wir wollen einen echten Bürokratieabbau. Hierfür wollen wir messbare Ziele einführen. Ein Bürokratie-TÜV soll überbordende Bürokratie identifizieren. Wir wollen Gründerschutzzonen etablieren, um junge Unternehmer vor Bürokratie zu bewahren. Darüber hinaus wollen wir eine Bundesexperimentierklausel für Kommunen beim Bürokratieabbau einführen.

Energieangebot ausweiten: Die Ampel verknappt das Energieangebot. Wir wollen es ausweiten – nicht mit Verboten und Regulierungen, sondern mit Anreizen und Technologieoffenheit. Unser Ziel ist ein Strompreis unter 20 Cent pro Kilowattstunde (inkl. aller Steuern und Abgaben). Die Stromsteuer muss dazu sofort auf das gesetzliche EU-Minimum von 0,05 Cent pro kWh sinken, die Netzentgelte wollen wir halbieren. Wenigstens die drei in diesem Jahr stillgelegten Kernkraftwerke sollten in der aktuellen Lage wieder in Betrieb genommen werden. Zudem brauchen wir einen Quantensprung bei Netzausbau, Bau neuer Gaskraftwerke und Ausbau Erneuerbarer Energien.

Investitionsoffensive für Wirtschaft, Energie und Klima: Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen. Wir wollen Wagniskapital mit steuerlichen Anreizen fördern. Die Supercomputing-Infrastruktur in Deutschland muss ausgebaut, Universitätsgründungen und Start-ups im KI-Bereich besonders gefördert und KI als zentraler Lerninhalt in Bildungs- und Weiterbildungsangebote integriert werden.

Pakt für Leistung: Arbeit muss sich wieder mehr lohnen. Wir brauchen eine Belastungsbremse: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden. Überstunden von Vollzeitbeschäftigten und Arbeiten im Rentenalter wollen wir steuerfrei stellen. Das Elterngeld muss erhalten bleiben. Wir brauchen eine Vermittlungsoffensive für Geringqualifizierte. Wir wollen Bildungsabkommen mit ausländischen Staaten abschließen, um eine automatische Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen zu ermöglichen.

Steuerpolitischen Aufbruch einleiten: Die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen muss bei 25 Prozent gedeckelt werden. Wir wollen Familien und mittlere Einkommen entlasten, dazu muss auch der Mittelstandsbauch abgeflacht werden. Für Investitionen in Klimaschutz, Automatisierung und Digitalisierung braucht es eine Superabschreibung.

Wohnungsbau ankurbeln: Wir fordern eine gezielte Förderung des Wohnungsbaus durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, ein

ausgeweitetes KfW-Kreditprogramm und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme.

Freihandel statt Abschottung: Wir wollen den sofortigen Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens und einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA. Handelspolitik muss sich wieder auf Handel konzentrieren.

Deutschlands Wirtschaft steht am Scheideweg

Deutschland ist eine Wirtschaftsnation mit fleißigen Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und exzellenten Ingenieuren. Wir sind das Land des Mittelstands und der Hidden Champions. „Made in Germany“ ist ein global geschätztes Qualitätssiegel. Die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern wird nicht nur in Sonntagsreden beschworen, sondern im Alltag gelebt. Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir das erfolgreichste Wirtschaftsmodell des letzten Jahrhunderts entwickelt und das politische Versprechen eingelöst, dass Wohlstand für alle möglich ist. Das Ergebnis waren ein stetiges Wachstum und Rekordbeschäftigung bei einer soliden Haushaltslage. All das sind die Verdienste der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, unseres Mittelstands und der Beschäftigten. Dieser wirtschaftliche Erfolg sichert den sozialen Frieden in Deutschland und finanziert unseren starken Sozialstaat.

Doch zur Wahrheit zählt auch: Deutschlands Wohlstand ist bedroht. Unser Land ruft sein enormes wirtschaftliches Potenzial derzeit nicht ab. In der aktuellen Wachstumsprognose des Internationalen Währungsfonds ist Deutschland das Schlusslicht: Von allen vergleichbaren Industrieländern ist Deutschland das einzige, dessen Wirtschaft 2023 schrumpft und nicht wächst. Die Kapitalabflüsse aus Deutschland sind auf einem Rekordhoch: Für jeden Euro, der im letzten Jahr in Deutschland investiert wurde, sind 13 Euro ins Ausland abgeflossen. Dieser Kapitalabfluss ist der höchste seit 20 Jahren. Die Firmeninsolvenzen sind auf einem Rekordniveau und liegen ein Viertel über dem Vorjahr. Die industrielle Basis unserer Volkswirtschaft schrumpft. Die Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger in ihre eigene wirtschaftliche Zukunft ist auf einem Tiefpunkt angelangt.

All das ist nicht in Stein gemeißelt. Deutschland kann die wirtschaftliche Wende schaffen, aber dazu braucht es eine Regierungspolitik, die die Realitäten anerkennt. Eine Regierung, die sich im Kabinett auf die Legalisierung von Cannabis verständigen kann, aber über fast alle wesentlichen Wachstumsimpulse für unsere Wirtschaft streitet. Deutschland hat keine schlechte Wirtschaft, sondern eine schlechte Bundesregierung. Die aktuelle Lage verdeutlicht, wie grundlegend sich die Wirtschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von jener der Ampel-Fraktionen unterscheidet. Im Bereich Energie setzt die Ampel auf Angebotsverknappung. Wir hingegen setzen auf Angebotsausweitung. Im Bereich Bauen und Wohnen setzt die Ampel auf Regulierung und Vorschriften. Wir setzen auf gezielte Förderung und Bürokratieabbau. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik setzt die Ampel auf die Ausweitung von Sozialleistungen. Wir setzen auf eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive.

Die Ampel hat Investitionen in die Infrastruktur zurückgefahren und die Investitionen, die es noch gibt, erfolgen wegen langer Planungs- und Genehmigungsfragen und Personalmangel nicht so schnell wie es erforderlich wäre. Die Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Dies belastet gerade die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen. Die Sozialversicherungsbeiträge steigen und liegen in diesem Jahr erstmals seit 2012 bei über 40 Prozent.

Die Bundesregierung schaltet Kernkraftwerke ab, obwohl wir bereits die teuersten Energiepreise der Welt haben. Sie tut nichts, um der massenhaften Abwanderung von Unternehmen und Investitionen aus Deutschland entgegenzuwirken. Die Ampel hat mit einem vermurksten Heizungsgesetz und einem Gerangel um Investitionshilfen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit zerstört, die Reputation des Standorts Deutschland beschädigt und das Investitionsklima nachhaltig beeinträchtigt. Die Ampel-Regierung ist ein Wohlstandsrisiko für Deutschland. Deutschland kann sich keine Abstiegskoalition leisten.

Deutschland braucht eine neue Wachstumsagenda. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen wir einen Staat, der Rahmenbedingungen klug setzt und auch weiß, wann er sich zurücknehmen muss. Denn Wirtschaftspolitik darf ihre vorrangige Aufgabe nicht im Umbau der Wirtschaft sehen, sondern im Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Wir erteilen der grünen und linken De-Growth-Ideologie eine klare Absage: Wenn wir den Klimawandel effektiv bekämpfen wollen, braucht es technischen Fortschritt und moderne Produktion in Deutschland und keine Deindustrialisierung. Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für gut bezahlte Arbeitsplätze und einen starken Sozialstaat. Unsere Haltung ist klar: Wir müssen anpacken, um Wachstum zu schaffen und Wohlstand zu sichern.

Zu dauerhaftem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gehört ein Staat, der mit dem Geld auskommt, das er in Form von Steuern und Abgaben von den Bürgern und Unternehmen einnimmt. Eine Politik, die mit „Schattenhaushalten“ die Schuldenbremse auszuhebelt, ist Ausdruck von politischer Maßlosigkeit und mangelndem Respekt gegenüber unserem Grundgesetz und den kommenden Generationen. Vorschläge, die immer neue Ausgabenwünsche durch immer neue Belastungsideen für Unternehmen und Bürger finanzieren wollen, sind in hohem Maße wohlstandsgefährdend.

Wir müssen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit Deutschland ein führendes Industrieland in Europa und der Welt bleibt, ein Land, das auf Augenhöhe mit den anderen Wirtschaftsmächten der Welt agieren kann. Wir wollen Digitalisierung, künstliche Intelligenz und technologischen Fortschritt nutzen, um das Wohlstandversprechen zu erneuern. Kurzfristige konjunkturelle Strohfeuer werden der

Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht helfen. Wir brauchen Strukturreformen, um das Fundament unseres Wohlstands zu erneuern.

Kurzum: Deutschland braucht jetzt eine Wachstumsagenda für Wirtschaft, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Bürokratieabbau: Klotzen statt kleckern

Überbordende Bürokratie gehört zu den wesentlichen Bremsklötzen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Regelungswut und mangelnde Flexibilität gefährden das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates. Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit den Bürokratieentlastungsgesetzen I-III Kosten effizient um mehrere Milliarden reduzieren können. Doch seit der Regierungsübernahme der Ampel-Koalition kennen die Bürokratiekosten nur einen Weg: steil nach oben. Der Erfüllungsaufwand für alle Bereiche ist zuletzt auf 17,4 Milliarden gestiegen. Verwaltungsvorgänge behindern und verzögern Planungs- und Genehmigungsverfahren und hemmen private Haushalte und Unternehmen bei ihrer Tätigkeit und der Entwicklung von Innovationen.

Bei Bürokratie und Regulierung muss gelten: So wenig wie möglich und nur so viel wie unbedingt nötig. Die Ampel-Regierung überreguliert die Wirtschaft und das Leben der Bürgerinnen und Bürger und schafft somit immer neue Bürokratie. Der Ansatz der Ampel, nur hier und da einzelne Regeln auf den Prüfstand zu stellen, reicht nicht aus. Es braucht einen umfassenden Bürokratieabbau mit neuen und messbaren Zielen. Kurzfristig ist ab sofort ein Belastungsmoratorium nötig, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch neue belastende Gesetze und andere Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene stoppt. So wollen wir zum Beispiel den Start des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes für Unternehmen, die mindestens 1000 Arbeitnehmer im Inland beschäftigen, auf den 1. Januar 2025 verschieben, die praktische Umsetzung verbessern und unter Nutzung der bestehenden Spielräume so ausgestalten, dass die betroffenen Unternehmen von Bürokratie entlastet werden. Durch die EU-Sorgfaltspflichtenrichtlinie sollen im Ergebnis keine gegenüber dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verschärften Regelungen und keine zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen eingeführt werden. Als Beitrag zum Bürokratieabbau werden wir auch das Heizungsgesetz der Ampel rückgängig machen.

Mit einem Bürokratie-TÜV sollen alle Regelungen identifiziert werden, die Beschäftigten und Unternehmen unnötige Bürokratie aufbürdet. Hierfür wollen wir den Nationalen Normenkontrollrat mit erweiterten Befugnissen ausstatten. Die bürokratiearme Anwendung beschlossener Gesetze soll kontinuierlich geprüft werden, mit verbindlichen Bürokratie-Einsparmaßnahmen. Die Bürokratiebremse der „one in, one out“-Regel soll zu

einer „one in, two out“-Regel weiterentwickelt werden. Um eine Umsetzung in allen Bereichen und durch alle Ministerien zu gewährleisten, brauchen wir messbare Sektorziele für den Bürokratieabbau.

Außerdem wollen wir eine Bundesexperimentierklausel einführen, um insbesondere den Kommunen mehr Spielräume lassen, um bürger- und unternehmensfreundliche, unbürokratische Regelungen vor Ort zu finden.

Einen Beitrag zum Bürokratieabbau muss auch eine beherzte Staatsmodernisierung leisten. Die Nutzung des digitalen Unternehmensregisters, digitale Verwaltungsverfahren, der Austausch von Daten, die staatlichen Stellen bereits vorliegen, können zur Entlastung beitragen. Standardisierungen, die Weiterentwicklung von technischen Anleitungen im Immissionsschutzrecht und Vereinheitlichungen können helfen, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Weitere Elemente zur Beschleunigung wie zum Beispiel die konsequente Verfahrensdigitalisierung, die Erleichterung vorzeitiger Baubeginne und der Entfall der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen und Klagen sollten genutzt werden. Stichtagsregelungen zur Sach- und Rechtslage sowie dem Stand der Technik können zur Vereinfachung und damit Beschleunigung beitragen. Eine weitere Beschleunigung lässt sich durch eine Verkürzung der gesetzlich vorgesehenen Fristen und die Fakultativstellung des Erörterungstermins im Rahmen der Planfeststellung erreichen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, die Wiedereinführung der materiellen Präklusion zu ermöglichen, also Gerichtsverfahren dadurch zu beschleunigen, dass inhaltliche Einwendungen gegen ein Vorhaben im Gerichtsverfahren nicht mehr berücksichtigt werden, wenn sie nicht im vorherigen Verwaltungsverfahren vorgebracht wurden.

Die weitere umfassende Digitalisierung der Produktions- und Arbeitswelt sowie die zunehmende Anwendung der KI-Technologie muss vereinfacht und nicht erschwert werden. Unternehmen mit Standorten in mehreren Bundesländern soll im Datenschutzrecht die Möglichkeit zu einer einheitlichen Anwendung gegeben werden, indem sie ein Wahlrecht erhalten, welcher der unterschiedlichen Landesdatenschutzbeauftragten an ihren Standorten einheitlich für alle Betriebsstätten zuständig ist.

Die Einführung einer Gründerschutzzone mit einer weitgehenden Befreiung von bürokratischen Vorschriften in den ersten beiden Jahren nach einer Gründung kann junge Unternehmen gezielt entlasten.

Energieangebot ausweiten

Die hohen Energiepreise belasten die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger. Mit jedem Tag, an dem die Ampel über die hohen Energiepreise streitet,

verliert der Standort Deutschland wertvolle Zeit. Wir wollen ein umfassendes und realistisches Konzept, das auf die richtigen Instrumente, Anreize und Strukturen setzt. Deutschland muss auch für die energieintensive Industrie ein attraktiver Standort bleiben. Ein wesentlicher Unterschied zur Ampel ist: Die Ampel verknüpft das Energieangebot, wir wollen es ausweiten. Dabei wollen wir alle Potentiale nutzen. Ein breiteres Angebot führt zu niedrigeren Preisen und steigert die Versorgungssicherheit.

Deutschland braucht eine Strategie für Energiesicherheit. Trotz Energiekrise die Kernkraftwerke abzuschalten, bleibt mit Blick auf Versorgungssicherheit, Preisentwicklung und Klimaschutz ein großer Fehler der Ampel. Wenigstens die drei in diesem Jahr stillgelegten Kernkraftwerke sollten in der aktuellen Lage wieder in Betrieb genommen werden. Zudem braucht es endlich ein Konzept, um den Bau neuer, dringend für die Versorgungssicherheit benötigter wasserstofffähiger Gaskraftwerke anzureizen. Eine einseitige Fixierung auf Strom und Elektrifizierung durch den Ausbau von Photovoltaik und Windkraft greift zu kurz. Stattdessen gilt es, zusätzlich auch die Potenziale von Wasserkraft, Bioenergie, Solarthermie und Geothermie in den jeweiligen Sektoren zu nutzen. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft muss zügig und energisch vorangebracht werden. Dafür wollen wir jetzt alle emissionsarmen Erzeugungskapazitäten nutzen und eine flächendeckende Infrastruktur anlegen. Internationale Wasserstoffpartnerschaften wollen wir ausbauen. Deutschland braucht weiterhin eine Energieforschung auf Spitzenniveau. Sie kann wichtige Lösungen beispielsweise für Speicher, Digitalisierung oder Kernfusion erarbeiten. Diese wollen wir verlässlich fördern. Neben dem schnellen Ausbau Erneuerbarer Energien tragen der zügige Ausbau der Energienetze und die stärkere Verknüpfung mit den Netzen der europäischen Nachbarn zum Preisziel bei, den Strompreis im Laufe des nächsten Jahrzehnts auf unter 20 Cent pro Kilowattstunde inklusive aller Steuern und Abgaben zu reduzieren.

Wir brauchen sofort wirksam niedrigere Stromkosten für alle. Deswegen schlagen wir vor: Steuern auf Strom spürbar senken (Stromsteuer auf europäisches Minimum von 0,05 Cent pro kWh, ermäßigter Satz bei der Umsatzsteuer) und die Netzentgelte halbieren. Davon profitieren alle gleichermaßen: Mittelstand, Handwerk und Industrie ebenso wie alle privaten Haushalte.

Dazu braucht es eine Industriestrategie, die strukturell bessere Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie in Deutschland schafft. Dazu gehören schnellere Genehmigungen für Industrieanlagen, Turbo-Abschreibungen für Investitionen sowie der sofortige Stopp neuer belastender Regulierungen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Industrie-Emissions-Richtlinie, Lieferkettenregulierung, Taxonomie). Für die energieintensive Industrie in Deutschland bleiben die hohen Energiekosten in

besonderer Weise ein massiver Wettbewerbsnachteil. Um diesen auszugleichen, erwarten wir von der Bundesregierung ein durchgerechnetes Konzept für einen zeitlich begrenzten, auch für den industriellen Mittelstand wirksamen Brückenstrompreis.

Investitionsoffensive für Wirtschaft, Energie und Klima

Deutschland braucht eine Investitionsoffensive, die Wirtschaft, Energie und Klima effektiv und nachhaltig verbindet. Die Ampel redet viel darüber, was der Staat im Alleingang tun und finanzieren sollte. Diese Fixierung auf den Staat wird der gewaltigen Herausforderung des Klimawandels, der Digitalisierung und letztlich der Stärkung unserer Wirtschaft nicht gerecht. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 lag die öffentliche Investitionsquote am BIP bei knapp 3 Prozent, die private dagegen bei knapp 20 Prozent. Das macht deutlich, wie wichtig private Investitionen für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind. Entscheidend ist deswegen, dass wir dringend mehr Anreize für private Investitionen schaffen. Wo immer es in Deutschland verfügbares Kapital gibt, muss dieses aktiviert werden, sei es bei den Unternehmen, Banken, Fonds oder Versicherungen. Investitionen in den Bereichen Energie und Klima sollten schneller, besser und rechtssicher steuerlich abgesetzt werden können.

Gleichzeitig müssen Forschung und Wissenschaft gestärkt, die Vernetzung und Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft weiter gefördert werden. Die Bundesregierung muss die Investitionsmittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung deshalb besonders in diesen Bereichen deutlich erhöhen. Um die Forschung in den Unternehmen zu stärken, wollen wir die steuerliche Forschungszulage verdreifachen und die Bemessungsgrundlage auf 12 Millionen Euro pro Unternehmen hochsetzen. Gleichzeitig wollen wir Wagniskapital mit steuerlichen Anreizen fördern und damit zu einer innovativen, lebendigen Start-up-Kultur beitragen.

Darüber hinaus brauchen wir eine Investitions- und Innovationsoffensive im KI-Bereich. Künstliche Intelligenz ist im 21. Jahrhundert eine absolute Schlüsseltechnologie für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, die Bekämpfung des Klimawandels und die nationale und technologische Souveränität unseres Landes und der Europäischen Union. Hier geht es insbesondere darum, im Bereich der großen KI-Modelle (Foundation Models) den Anschluss an die USA und China zu wahren. Dafür braucht es die richtigen Rahmen- und Förderbedingungen. Die Supercomputing-Infrastruktur in Deutschland muss ausgebaut, Universitätsausgründungen und Start-ups im KI-Bereich besonders gefördert und KI als zentraler Lerninhalt in Bildungs- und Weiterbildungsangebote integriert werden. Dazu gehört, dass wir Kapazitäten an Hoch-, Berufs- und weiterbildenden Schulen ausbauen, um entsprechendes Fachpersonal aus- und fortzubilden. Uns geht es bei der Nutzung und

Entwicklung von KI darum, das technisch Machbare mit wirtschaftlichem Nutzen und ethisch-sozialer Verantwortung zu verbinden.

Pakt für Leistung: Arbeit muss sich wieder mehr lohnen

Der Wohlstand in Deutschland wird sich nicht mit 4-Tage-Woche bei vollem Gehalt und bedingungslosem Grundeinkommen erhalten lassen. Im Gegenteil: Wir brauchen in Staat und Gesellschaft einen neuen Geist von Fortschrittsmut und Ermutigungskultur. Bereits jetzt fehlt es in Deutschland an Fachkräften. Unser Land wird älter. Wir sind beim Bemühen um die besten Köpfe der Welt ins Hintertreffen geraten. Diese Trends werden sich verschärfen, wenn wir nicht entschlossen umsteuern. Wir wollen deshalb einen Pakt für Leistung mit den Beschäftigten und Unternehmern abschließen. Das Leitmotiv des Pakts für Leistung lautet: Arbeit und Leistung in Deutschland müssen sich wieder mehr lohnen.

Beschäftigte und Unternehmen brauchen mehr Netto vom Brutto. Es braucht daher eine Belastungsbremse: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden. Dass die Ampel-Koalition diese Grenze durchbrochen hat, ist ein verheerendes Signal an all diejenigen, die jeden Morgen aufstehen, hart arbeiten und am Ende doch weniger Netto vom Brutto haben als zuzeiten der unionsgeführten Bundesregierung. Zudem wollen wir geleistete Überstunden von Vollzeitbeschäftigten steuerfrei stellen.

Die Aufnahme von Vollzeitbeschäftigung soll durch die verlässliche Sicherung und den weiteren Ausbau des Kinderbetreuungsangebots bestärkt werden. Die von der Ampel-Koalition geplante Absenkung des Elterngeldes lehnen wir ab. Flexible Arbeitszeitmodelle können es Müttern und Vätern erleichtern, Teilzeitbeschäftigung zu verringern. Daher wollen wir unter anderem eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit im Rahmen flexibler Arbeitszeitmodelle ermöglichen.

In Teilen unseres Landes hat sich der Eindruck verfestigt, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Für uns gilt: Eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung muss attraktiver sein als der Bezug von Sozialleistungen. Leistung muss sich lohnen. Sozialpolitik bedeutet für uns das Ermöglichen von Chancen. Dazu gehört ein besonderer Fokus auf soziale Infrastruktur – Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser – und nicht ein stetiger Aufwuchs von Transferleistungen. Zudem wollen wir dem Grundsatz „Wer arbeiten kann, sollte arbeiten“ in der Ausgestaltung des Bürgergeldes wieder stärker Geltung verschaffen und das wiederholte Ablehnen angebotener Qualifizierung oder Arbeit spürbarer finanziell sanktionieren. Die Verlagerung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen unter 25 Jahren von den Jobcentern auf die Arbeitsagenturen lehnen wir als haushaltspolitischen Taschenspielertrick ab.

Dies sind klare Unterscheidungsmerkmale zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Ampel-Fraktionen.

Die Integration von Flüchtlingen in Arbeit muss vorankommen. Die hohe Arbeitslosenquote von Schutzberechtigten in Deutschland ist eine Gefahr für ihre Integration. Die Bundesregierung muss die von ihr geplante Kürzung der Eingliederungsmittel deshalb unbedingt zurücknehmen. Für uns gilt auch bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt der Grundsatz „Fordern und Fördern“.

Wir müssen es älteren Menschen ermöglichen, flexibel in den Ruhestand zu gehen. Ein erzwungener Ruhestand verspielt das Wissen und die Erfahrungen der älteren Generation. Wir wollen deshalb Anreize schaffen, ältere Beschäftigte durch attraktivere Arbeitsbedingungen freiwillig länger im Erwerbsleben zu halten. Wer neben der Rente arbeitet, soll bis zu 2.000 Euro pro Monat steuerfrei verdienen können. Hierzu gehört auch, die gesetzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten von Rentnern und Pensionären attraktiver zu gestalten.

Die (Weiter-)Qualifizierung Geringqualifizierter muss gezielter und besser gefördert werden als bislang. Zugleich braucht es eine Offensive bei der Arbeitsmarktvermittlung von Geringqualifizierten, denn es gibt in Deutschland keinen Mangel an Nachfrage nach Arbeitskräften. Wir wollen jedem die Chance geben, sich zu beteiligen. Gleichzeitig fordern wir diese Beteiligung auch ein. Denn Arbeitsleistung und Sozialleistung sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss ist auf einem Rekordhoch. Jeder Schulabbrecher ist einer zu viel. Daher muss die Zusammenarbeit der Schulen mit den örtlichen Berufsinformationszentren und Jugendberufsagenturen verbessert werden.

Ohne qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt werden wir unseren Fachkräftebedarf nicht lösen. Daher wollen wir eine vollständig digital arbeitende Bundesagentur für Einwanderung schaffen („work -and-stay“). In diesem Zuge muss die Anerkennung von Bildungsabschlüssen verbessert, Visa-Verfahren beschleunigt und das gesamte Verfahren digitalisiert werden. Mit ausgewählten Staaten wollen wir deshalb „Bildungsabkommen“ abschließen. Das heißt: In diesen Staaten erworbene Abschlüsse werden automatisch ohne gesonderte weitere Überprüfung in Deutschland anerkannt.

Steuerpolitischen Aufbruch einleiten

Den Trend zu zunehmenden Standortverlagerungen deutscher Unternehmen ins Ausland müssen wir mit aller Entschlossenheit stoppen. Wir brauchen eine echte Unternehmensteuerreform, damit Investitionen am Standort Deutschland nachhaltig attraktiver werden. Deshalb streben wir

rechtsformneutral eine Deckelung der Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen auf maximal 25 Prozent an.

Die Inflation trifft besonders die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir, dass die Menschen am Ende des Monats mehr netto vom Brutto übrighaben. Wir wollen den Mittelstandsbauch deutlich abflachen und damit insbesondere mittlere Einkommen und Familien entlasten.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie einen wirksamen Wachstumsplan für Deutschland entwickelt, anstatt immer weiter zu belasten, Energiekosten zu verteuern und Unternehmen aus dem Land zu treiben. Dazu gehört, dass sie ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einhält und eine Superabschreibung sowohl für Investitionen in den Klimaschutz als auch in digitale Wirtschaftsgüter schafft. Mit Hilfe von Turboabschreibungen müssen gezielte Anreize geschaffen und Wachstumseffekte erzielt werden, nicht nur für den Klimaschutz. Auch andere Wirtschaftsbereiche profitieren davon, einen Teil der Anschaffungskosten von den Steuern absetzen zu können. Die Verlustverrechnung muss verbessert, der steuerliche Verlustrücktrag bis 2019 ausgeweitet werden, damit insbesondere krisenbetroffene Unternehmen finanzielle Spielräume gewinnen, die sie in ihre Zukunft investieren können. Darüber hinaus soll die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag für fünf Jahre ausgesetzt werden.

Wohnungsbau ankurbeln

Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Standortbestimmung gehört leider auch, dass die Bautätigkeit in Deutschland erheblich eingebrochen ist. War in der Coronapandemie die Baubranche noch die Konjunkturlokomotive der deutschen Wirtschaft, häufen sich derzeit die Negativbotschaften. Die Zahl der Baugenehmigungen ist gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel zurückgegangen. Von ihrem Ziel, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, ist die Bundesregierung deutlich entfernt. Aufgrund gestiegener Baukosten und Zinsen ist Mietwohnungsbau aktuell nicht wirtschaftlich umsetzbar und deswegen unterbleibt er häufig. Deshalb fordern wir eine gezielte Förderung durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten – insbesondere eine Sonderabschreibung für Unternehmen, die Mietbegrenzungen garantieren – ein ausgeweitetes KfW-Kreditprogramm und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme. Des Weiteren benötigen wir dringend ein Belastungsmoratorium und realistische energetische Vorgaben. Die (für 2025) geplante Verschärfung des energetischen Gebäudestandards auf EH 40 hätte gravierende Auswirkungen auf den Wohnungsbau, würde die aktuelle Situation noch einmal deutlich verschlimmern und muss deshalb verhindert werden. Serielles und modulares Bauen kann zu preisgünstigem Wohnraum beitragen.

Auch im Bereich der Wohneigentumsförderung tun sich große Lücken auf, denn das Programm der Ampel zur Eigentumsförderung für Familien ist so ausgestaltet, dass nur diejenigen eine Förderung erhalten, die höchste energetische Standards erfüllen. Gleichzeitig dürften dieselben Familien aber nur 60.000 Euro Haushaltseinkommen haben, wenn sie in den Genuss der Förderung kommen wollen. Es ist absehbar, dass dieses Programm keinen Erfolg haben wird und auch nicht annähernd an den Erfolg unseres Baukindergeldes anknüpfen können. Wir brauchen einen Bau-Boom statt Bau-Blockade. Wir wollen die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie senken.

Freihandel statt Abschottung

Als führende Exportnation ist Deutschland wie kaum ein anderes Land auf einen regelbasierten Welthandel, verlässliche Handelspartner und stabile Lieferketten angewiesen. Deutschland und die EU müssen wieder die Initiative ergreifen und für Diversifizierung, Erschließung neuer Absatzmärkte sowie Freihandels- und Rohstoffabkommen mit Ländern weltweit eintreten. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für einen umgehenden Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ein. Wir fordern einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Es bedarf einer Fokussierung von Handelsabkommen auf den eigentlichen Handel, damit diese schneller zum Abschluss kommen. Protektionismus mit moralischen Belehrungsversuchen gegenüber anderen Staaten führt zu keinen handelspolitischen Ergebnissen und treibt Handelspartner in die Arme von autoritären Staaten.